



Wien, am 9. Jänner 2003

## **GESUNDHEITSKRISE IN DEN GUS-STAATEN**

### **Untersuchung der gesundheitsrelevanten, wirtschaftlichen und politischen Umstände**

**Das Institut für Höhere Studien präsentiert die ersten Hauptergebnisse eines großangelegten internationalen Forschungsprojektes zum Thema: ‚Lebensbedingungen, Lebensstile und Gesundheit‘. Das Hauptziel der Studie im Auftrag der EU war die Erforschung der Ursachen des überdurchschnittlich hohen Rückgangs der Lebenserwartung der russischen Männer in den 90er Jahren.**

Das Institut für Höhere Studien ist der Projekt-Koordinator dieses dreijährigen Forschungsprogrammes der Europäischen Kommission und der Konsortialführer einer Forschungsgemeinschaft von 11 Instituten aus 9 Ländern (Österreich, Großbritannien, Russische Föderation, Ukraine, Belarus, Moldawien, Georgien, Armenien, Kasachstan, Kirgisien). Das Team der Untersuchung hat in 8 GUS-Staaten insgesamt 18.428 Personen über 18 Jahren in persönlichen Interviews am Wohnort zu Themen Gesundheit und Lebensbedingungen befragt. Die Stichprobe betrug durchschnittlich 2.000 Personen in Belarus, Moldawien, Georgien, Armenien, Kasachstan und Kirgisien, in der Ukraine wurden 2.400 Personen interviewt, in der Russischen Föderation waren es 4.000 Personen. Diese Stichproben sind repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in den 8 Staaten für alle Bürger über 18 Jahren.

Das Hauptziel besteht in der Erforschung der Ursachen für den starken Rückgang der Lebenserwartung von Männern in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Die Lebenserwartung der Männer ist zwischen 1991 und 1994 besonders stark gefallen. Die Lebenserwartung der Frauen ist von Haus aus wesentlich höher und in den 90er Jahren nicht in demselben Maß gesunken.

### **Gesundheitsdeterminierende ökonomische Faktoren**

Eine Mehrheit von 73 Prozent aller GUS-Bürger vertritt die Ansicht, dass die Auflösung der Sowjet-Union negative Auswirkungen auf den Lebensstandard der Nachfolgestaaten hatte. Es besteht eine weitreichende Nostalgie nach der Stabilität der kommunistischen Planwirtschaft: 69 Prozent aller GUS-Bürger beurteilen die Kommandowirtschaft des Kommunismus als ‚sehr gut‘ oder ‚gut‘. Ganz im Gegensatz dazu wird die neue Volkswirtschaft von 50 Prozent der GUS-Bürger mit ‚genügend‘ oder ‚nicht genügend‘ benotet. Es besteht eine hohe Unsicherheit über die Richtung und den Erfolg der zukünftigen volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Die Studie hat gezeigt, dass die Russinnen und Russen wie die Bürger der anderen GUS-Staaten sehr wohl in einer überwiegenden Mehrheit über das Wissen verfügen, dass Rauchen, Alkoholkonsum, regelmäßige Bewegung, eine gesunde Ernährung,

Gesundheitskontrollen beim Arzt, Wohnverhältnisse, aber auch Stress im alltäglichen Leben einen starken Einfluss auf Gesundheit bzw. Krankheit ausüben. Die zentrale Schlussfolgerung bestand hier darin, dass trotz des weitreichenden Wissens um gesundheitsadäquates Verhalten die GUS-Bürger aufgrund ihrer Lebensbedingungen nicht in der Lage sind, dieses Wissen erfolgreich und gesundheitsfördernd in tatsächliches Verhalten umzusetzen. Diese Verhaltensrestriktionen sind vor allem eine geringe Integration am Arbeitsmarkt, die schlechte finanzielle Ausstattung vieler GUS-Haushalte, eine schlechte Wasserversorgung, ungenügende sanitäre Anlagen, Schwierigkeiten bei der Stromversorgung, Verschlechterung der Gesundheitssysteme, Nahrungsmittelknappheit und Transformations-Stress.

### **Die politische Situation führt zu Perspektivlosigkeit**

Die auffallend große Unsicherheit, die sich in allen GUS-Staaten in Bezug auf staatliche, familiäre oder individuelle Zukunftsperspektiven feststellen lässt, hat einen wesentlichen Grund in der immer noch großen politischen Instabilität dieser Länder. Diese Unsicherheit schafft eine psychische Situation, die nicht optimistisch und zukunftsorientiert sein kann und daher auch Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen hat.

Trotz des historischen Endes der Sowjet-Union bezeichnen sich noch durchschnittlich sieben Prozent aller GUS-Bürger als ‚Sowjet-Bürger‘. Die absolute Mehrheit von 62 Prozent aller Befragten identifiziert sich jedoch mit dem eigenen Staat, verfügt demnach über eine nationale Identität. Immerhin 20 Prozent aller befragten Personen identifizieren sich in erster Linie mit ihrer Stadt oder ihrem Dorf.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Untersuchung ist die Entstehung von Vertrauen in politische Institutionen als Voraussetzung für die politische Legitimität des neuen politischen Systems in den acht untersuchten GUS-Staaten. Das Vertrauen der Bevölkerung in den jeweiligen Präsidenten ist in Russland, Kirgisien, Kasachstan und Belarus sehr groß, während die Vertrauensbasis in den Präsidenten in Georgien und Ukraine eher als gering einzustufen ist. Das politische Vertrauen in die Armee und in die Kirchen ist sehr hoch, während das Vertrauen in die Medien eher gering ausfällt. Sehr gering ist das Vertrauen der GUS-Bürger in die politischen Parteien, die Polizei und das Justizsystem. Der Rechtsstaat ist in den Augen der Bevölkerung in vielen GUS-Staaten noch nicht ausreichend gefestigt.

### **Rückfragehinweis:**

IHS, Stumpergasse 56, 1060 Wien, Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>

Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer, [felderer@ihs.ac.at](mailto:felderer@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-125

Dr. Christian Haerpfer, [haerpfer@ihs.ac.at](mailto:haerpfer@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-138

Tanja Gewis (Public Relations), [gewis@ihs.ac.at](mailto:gewis@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-122